



# Grundsätze und Vorschläge für ein „Zukunftsprogramm Ost“

Ein Diskussionspapier  
der IG Metall

**Gesellschaftspolitik**

**Juni 2005**

**Herausgeber:**

IG Metall-Vorstand  
FB Gesellschaftspolitik, Berliner Büro  
Alte Jakobstr. 149  
10969 Berlin

Vorgelegt von der Steuerungsgruppe Zukunftsprogramm Ost:  
Wolfgang Rhode, Ulrich Eckelmann, Elke Eller, Michael Guggemos, Olivier Höbel, Christian  
Hoßbach, Heino Bade, Heinz Hoffmann, Peter Hunnekuhl, Thomas Müller, Jörg Köhlinger

Mit Anregungen aus dem Wissenschaftsdialog Zukunft Ost der Otto Brenner Stiftung.

Redaktion:  
Christian Hoßbach

Kontakt:  
Tel: 030/25387-254  
Fax: 030/25387-261  
E-Mail: christian.hossbach@igmetall.de

## **Einleitung: Für eine Aufbau-Ost-Politik der Solidarität**

Viele tausend Betriebsräte und Gewerkschafter engagieren sich seit 1990 unter schwierigen Bedingungen für den Erhalt der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. Dank diesem Engagement sind industrielle Kerne erhalten geblieben - oft gegen den Widerstand von Kohl-Regierung und Treuhandanstalt. Heute sind insbesondere diese industriellen Kerne die Basis für ein neues industrielles Wachstum.

Die IG Metall setzte sich vom ersten Tag an ein für Arbeitsplätze und Ausbildung, für Investitionen in Betriebe und Infrastruktur und für gleichwertige Lebensbedingungen in Ost und West, Nord und Süd. Dies sind auch heute die Ziele unserer Politik. Wir setzen auf Solidarität.

In den neuen Bundesländern ist viel erreicht. Den meisten Menschen geht es materiell besser als 1990. Dennoch ist die in Umfragen gemessene Lebenszufriedenheit geringer als in den meisten alten Bundesländern. Erklärbar ist dies durch das verbreitete Gefühl der Zweitklassigkeit, aber auch durch die hohe Arbeitslosigkeit. Glaubwürdige Perspektiven werden gebraucht.

Solidarität als Leitgedanke des Aufbau Ost ist heute genauso gefordert wie 1990. Nach 15 Jahren Aufbau Ost ist eine erneute Diskussion über den erreichten Stand und den weiteren Weg in Gang gekommen. Vereinfacht formuliert stehen für Politik und Gesellschaft zwei strategische Ansätze zur Wahl:

- Soll die Bundesrepublik die „passive Sanierung“ Ostdeutschlands über Bevölkerungsverluste und Niedriglohnpolitik hinnehmen und damit faktisch die Anstrengungen zum weiteren Aufbau Ost beenden?
- Oder soll sie den zweifellos schwierigeren Weg der Solidarität gehen, anspruchsvolle Ziele setzen, Finanzmittel mobilisieren, Prioritäten und Schwerpunkte setzen, Förderkonzepte überarbeiten, und vor allem die Fähigkeiten der Menschen besser nutzen: in den Betrieben und in den Regionen?

Die IG Metall steht für eine Aufbau Ost-Politik der Solidarität. Wir beteiligen uns mit Vorschlägen für ein „Zukunftsprogramm Ost“. Im Mittelpunkt stehen Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Industriebeschäftigung, zur Stärkung der Betriebe und zur Stärkung der Arbeitsbeziehungen.

Dabei ist der Aufbau Ost im Interesse des ganzen Landes. Jährlich werden gut vier Prozent der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung (BIP) zur Absicherung des jetzigen Niveaus in die neuen Bundesländer transferiert. Der größte Teil dient dabei der Sicherung der Leistungen von Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Die nach vorn gerichteten Aufbau-Ost-Investitionen im engeren Sinne (Wirtschaftsförderung, Infrastrukturausbau) machen nur etwas ein Zehntel der Transfers aus.

Autonomes Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft ist unrealistisch. Ein erfolgreicher Aufbau Ost erfordert eine gesamtdeutsche aktive, binnenmarktorientierte Wirtschaftspolitik. Stärkeres Wachstum im Osten und dadurch Aufholen gegenüber Westdeutschland wird schon wegen der kleinbetrieblichen und damit stärker auf den Binnenmarkt ausgerichteten Struktur erst dann möglich, wenn die Konjunktur in ganz Deutschland deutlich anzieht. Gleichzeitig muss gezielt in die Strukturen in Ostdeutschland investiert werden, die die überregionale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe stärken.

Die IG Metall beteiligt sich an der notwendigen wirtschaftspolitischen Diskussion auf Landes- und Bundesebene. Sie wird im Rahmen ihres Projektes „Gute Arbeit“ einen Schwerpunkt in den neuen Bundesländern setzen. Die IG Metall wird in den Betrieben Initiativen für eine zukunftsorientierte Personalpolitik und bessere Arbeitsbedingungen starten und dies tarifpolitisch begleiten. Die IG Metall wird Initiativen zur Zusammenarbeit von Betrieben für Ausbildung, Qualifizierung und regionale Entwicklung starten und unterstützen.

## **1. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage: Dynamik und Stagnation, soziale Fortschritte und Ausgrenzung**

Die wirtschaftliche und soziale Lage in den neuen Bundesländern ist gegenüber den alten Bundesländern und auch gegenüber den EU-Beitrittsländern deutlich verschieden:

- Während die durchschnittliche Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland größer ist als in den meisten EU-Beitrittsländern, so ist die wirtschaftliche Dynamik deutlich geringer. Der Aufholprozess gegenüber westdeutscher Wirtschaftsleistung ist abgebrochen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität steigt schneller als in den westdeutschen Bundesländern und wird 2010 bei 80 Prozent des westdeutschen Niveaus liegen, aber bei dem schwachen Wirtschaftswachstum in Deutschland kommt kein Beschäftigungsaufbau in Gang.
- Wachstumserfolgen der Industrie mit Beschäftigungszuwächsen von fast 100.000 seit 1997 stehen immer noch Beschäftigungsverluste in der Bauwirtschaft und in anderen Bereichen gegenüber. Die ausgewiesene Arbeitslosigkeit ist in Ostdeutschland mit 18 Prozent doppelt so hoch wie in den alten Ländern. Unter den 10 EU-Beitrittsländern haben nur Polen, Bulgarien und die Slowakei eine vergleichbar hohe Arbeitslosigkeit.
- Ostdeutschland ist durch die EU-Erweiterung vom Rand in die Mitte der EU gerückt. Daraus wachsen Chancen, die zu wenig genutzt werden: die neuen EU-Mitgliedsstaaten sind als geografisch nahe liegende Absatzmärkte und Kooperationsräume wichtig. Allerdings überwiegt bislang die Kostenkonkurrenz. Noch ist der Weg nicht gefunden, die neue Normalität in Wachstum und Beschäftigung beiderseits der alten EU-Außengrenze umzusetzen. Regionale Zusammenarbeit in den Grenzregionen ist wenig entwickelt. Gerade in der Industrie sind Kooperationen ein Weg, mit dem starken Lohngefälle und dem entstehenden Verlagerungsdruck umzugehen. Kenntnisse über osteuropäische Betrieben noch aus DDR-Zeiten können dabei genutzt werden.
- Wichtiges Merkmal der Entwicklung in Ostdeutschland ist das Nebeneinander von Erfolg und Misserfolg. Große Gruppen - gerade auch in der boomenden Industrie - haben Erfolg im Beruf und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse erreicht. Aber ein relevanter Teil der erwerbstätigen Bevölkerung - teils in der Industrie, stärker in Dienstleistungsbereichen - kommt trotz harter Arbeit nur auf ein Einkommen auf Sozialhilfeniveau, besonders wenn eine Familie zu versorgen ist. Und eine große Gruppe ist seit Jahren, häufig schon seit 1990, vom Arbeitsleben abgekoppelt. Diese sehr unterschiedlichen persönlichen Entwicklungen spalten die Gesellschaft tief.
- Angesichts der schlechten Arbeitsmarktperspektiven verlassen jährlich etwa 100.000, großteils jüngere, gut ausgebildete Menschen die neuen Bundesländer.

Ähnliche Wanderungsbewegungen sind in den EU-Beitrittsländern bisher nicht zu beobachten. Auch unabhängig von der Abwanderung sinken absehbar die Bevölkerungszahlen - mit Folgen besonders für Nachwuchspotential für die Unternehmen, für Infrastrukturauslastung und Personalausstattung im Öffentlichen Dienst.

- Ein wichtiger Indikator für den deutschen Einigungsprozess ist die Einkommensangleichung. Die anfangs schnelle Einkommensangleichung stockt seit zehn Jahren. Regionale Unterschiede der durchschnittlichen Einkommen gibt es auch innerhalb der alten Bundesrepublik, aber das Gefälle ist sehr viel flacher als zwischen Ost und West.

Einen Königsweg der einfachen Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des Aufbau Ost gibt es nicht. Notwendig sind Verbesserungen auf vielen Feldern der staatlichen Politik, genauso wie in den Betrieben.

## **2. Die politische Debatte: Kein Königsweg, viele Irrwege**

Sachverständigenrat und einzelne Wirtschaftspolitiker haben im vergangenen Jahr Vorschläge platziert, die über den Umweg des Aufbau Ost auf eine Abkehr vom bundesdeutschen gesellschaftlichen Konsens zielen. Diese Wege sind falsch. Sie spalten und haben keinen Nutzen für die neuen Bundesländer.

- Der extremste Angriff gegen den Aufbau Ost kam von Professor Sinn (Ifo-Institut), der für die Profilierung Ostdeutschlands als „Niedriglohnggebiet“ plädiert. Dabei ist Ostdeutschland in weiten Bereichen faktisch seit Jahren Niedriglohnggebiet - und damit versprochene Beschäftigungserfolge sind nicht nachzuweisen. Die Löhne in den EU-Beitrittsländern steigen bereits. In der internationalen Konkurrenz steht die deutsche - auch die ostdeutsche - Industrie als „Exportweltmeister“ hervorragend da. Weitere Erfolge sind über bessere Produkte, nicht über Billig-Strategien zu erzielen.
- Von Seiten der CDU/CSU/FDP, aber auch von einer Gruppe um Klaus von Dohnanyi wird die Schaffung einer „Sonderwirtschaftszone“ Ostdeutschland ins Spiel gebracht. Es geht darum, das Arbeits- und Tarifrecht zu deregulieren - mit unabsehbaren Folgen für die soziale Stabilität in ganz Deutschland und ohne Aussicht auf Erfolg. Die ebenfalls enthaltenen Ideen zu Steuerpräferenzen sind unrealistisch. Die IG Metall lehnt eine „Sonderwirtschaftszone Ost“ ab.
- Der Sachverständigenrat stellt sich in seinem aktuellen Jahrgutachten frontal gegen den grundgesetzlichen Auftrag an die Politik, auf gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu zielen. Diese Position des Sachverständigenrates findet keine Unterstützung in der Politik der rot-grünen Bundesregierung. Die herausgehobene Bedeutung des Sachverständigenrats verlangt es aber, seinen Vorstoß öffentlich klar und entschieden zurückzuweisen. Ohne solidarisch finanzierte öffentliche Haushalte werden schwächere Regionen dem wirtschaftlichen Strukturwandel kraftlos ausgeliefert. Regionen wie das Ruhrgebiet oder Bayern hatten Jahrzehnte Zeit für ihren Strukturwandel - und bewältigten ihn mit Hilfe der verlässlichen Solidarität des Bundes und der anderen Länder (z.B. mit den Instrumenten Länderfinanzausgleich und Regionale Wirtschaftspolitik). Gerade im früheren Zonenrandgebiet, in Nord- und Ostbayern, nach wie vor im Ruhrgebiet, vereinzelt überall in Deutschland liegen strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, die auf die Solidarität des Bundes und der starken Länder angewiesen

sind. Die solidarische, kooperative Finanzverfassung zu verteidigen ist im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Unterstützung für den Aufbau Ost ist kein karitativer Selbstzweck. Sie liegt im Interesse auch der alten Bundesländer. Denn der Aufbau Ost ist nicht losgelöst von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung voranzubringen.

Umgekehrt können neue, im Aufbau Ost entwickelte wirtschaftspolitische Instrumente für wichtige Ziele in den alten Bundesländern hilfreich sein. Das gilt besonders bezüglich der kleinen und mittleren Unternehmen, die sich in Ostdeutschland noch früher als in den alten Bundesländern auf Nachwuchsmangel und ältere Belegschaften einstellen müssen. Hier liegen Chancen zur Entwicklung exemplarischer KMU-Politik, die auch für die alten Bundesländer wichtig werden kann.

### **3. Flächentarifverträge: Verlässliches Instrument für gleichwertige Lebensverhältnisse**

Flächentarifverträge haben Schutz- und Gestaltungsfunktion für die Arbeitnehmer. Sie bieten auch Unternehmen zentrale Vorteile. So werden einheitliche Arbeitskosten und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen festgelegt, Lohn- und Verteilungskonflikte aus den Betrieben herausgehalten und Kalkulations- und Planungssicherheit für die Betriebe geschaffen. Flächentarifverträge verhindern nutzlose Kostensenkungswettläufe und lenken unternehmerisches Handeln auf die Ziele Innovation und Produktivität.

Die IG Metall strebt gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands an. Sie nimmt den grundgesetzlichen Auftrag ernst. Flächentarifverträge bilden eine verlässliche Grundlage zur Schaffung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Sie sind das Instrument für Mindeststandards und gegen Lohndumping.

Die IG Metall regelt mit den Tarifpartnern nicht nur Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten. Sie regelt auch Bereiche der Ausbildung (wie in Mecklenburg-Vorpommern), der Qualifizierung (wie in Baden-Württemberg), der Alterssicherung (Metall-Rente), bis hin zur Absicherung wachstumsorientierter regionaler Unternehmenskooperation (Tarifvertrag zur Arbeitnehmerüberlassung in Chemnitz) bzw. Unternehmenssicherung (Thüringen).

Trotz ihrer unbestreitbaren Vorteile sind Flächentarifverträge in Ostdeutschland unter Beschuss. Das Ziel ist das durchsichtige Interesse des Lohndumpings. Die Tarifbindung der Unternehmen in Ostdeutschland ist geringer als in den alten Bundesländern. Nur für ein gutes Viertel der Industriebetriebe mit knapp der Hälfte der Beschäftigten gilt der Flächen- bzw. ein gleichwertiger Firmentarifvertrag (Quelle: IAB-Betriebspanel 2003). Allerdings strahlt der Flächentarifvertrag weit über die direkte Verbandsbindung der Unternehmen aus, was seine Bedeutung noch unterstreicht: die Bezahlung eines weiteren Viertels der Beschäftigten *orientiert* sich am Tarifvertrag. Das in Ostdeutschland geringere Effektivlohniveau begründet sich stärker durch die deutlich verschiedene Betriebsstruktur und weniger durch untertarifliche Bezahlung, ermittelte unlängst das DIW.

Die neuen Länder brauchen gerade wegen der kleinbetrieblichen Struktur stärkere Bindungen der Unternehmen an überbetriebliche Vereinbarungen, nicht schwächere:

- Tarifverträge bieten Schutz vor ruinöser Kostenkonkurrenz.

- Tarifvertragliche Beziehungen bauen Kommunikationsstrukturen auf, die bei der Lösung überbetrieblicher Fragen helfen, mit denen kleinere Betriebe allein überfordert sind.

**Die IG Metall tritt weiterhin für starke Flächentarifverträge in den neuen Bundesländern ein. Damit führen wir eine auch industriepolitisch zentrale Auseinandersetzung.** Die Fluchtbewegung vieler Unternehmen aus dem Tarifvertragssystem bringt den Unternehmen nur kurzfristig Vorteile. Ein Kostenunterbietungswettbewerb ist von niemandem zu gewinnen. Die allgemeine „Billig-Philosophie“ höhlt die Leistungsfähigkeit der Betriebe aus, sie geht zu Lasten der Arbeitsbedingungen wie der Produktqualität, mittelfristig zu Lasten der Innovationsfähigkeit. Wer sich als Billiganbieter profiliert, gibt die ertragsstärkeren und zukunftsentscheidenden Märkte auf.

Die Aufgabe, für Tarifverträge zu werben, stellt sich in erster Linie den Tarifvertragsparteien, aber auch allen Ebenen staatlicher Politik. Wird der aggressiven Politik einzelner Arbeitgebervertreter gegen Flächentarif und Verbandsstrukturen nicht entschlossen begegnet, wird diese Niedriglohnpolitik die Qualitätsorientierung in den Betrieben untergraben, weitere Abwanderung und weiteren Verlust jüngerer Arbeitnehmer provozieren und insgesamt den Verlust industrieller Substanz riskieren.

**Das System der Flächentarifverträge muss ergänzt und stabilisiert werden um ein System der gesetzlichen Absicherung von Mindestentgelten. Wir treten dafür ein, dass die tariflich vereinbarten unteren Arbeitsentgelte zugleich die rechtsverbindlichen Mindestentgelte einer Branche sind. Für tariflose Bereiche sollten die im Leiharbeits-Tarifvertrag zwischen DGB und Bundesverband Zeitarbeit vereinbarten Tarifsätze zugleich das rechtsverbindliche Mindestentgelt sein.** Diese Schutzregel ist auch für die Absicherung der Leiharbeit selbst erforderlich. Die vom DGB abgeschlossenen Tarifverträge mit der IgZ und dem BZA werden in Ostdeutschland durch die praktisch mitgliederlosen sogenannten christlichen Gewerkschaften (CGM/CGB) unterlaufen. Hier entwickeln sich besonders prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die das ohnehin niedrige Lohn- und Gehaltsniveau weiter unter Druck setzen. Hier muss der Gesetzgeber handeln. Unabhängig von dieser Absicherung nach unten orientieren IG Metall und Betriebsräte auf die Nutzung der bestehenden tariflichen Öffnungsklausel. Damit können höhere Einkommen für die eingesetzten Leiharbeitnehmer durchgesetzt werden. Zuständige DGB-Gewerkschaft, Verleih- und Entleihbetrieb müssen dazu eine dreiseitige Vereinbarung abschließen.

#### **4. Gesellschaft:**

##### **Schwache Bindungskraft der Parteien - Offensive der Rechten**

Viele Menschen empfinden oder erleben Perspektivlosigkeit und Deklassierung. Dabei ist oft nicht die eigene Arbeitslosigkeit entscheidend, sondern die Angst vor Abstieg und mangelnder Perspektive. Diese Gefühlslage ist in ganz Deutschland verbreitet. Im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien in Ostdeutschland wurde argumentiert, ausgeprägte rechte Einstellungen seien bei den Ostdeutschen besonders verbreitet. Solche Deutungen treffen nicht zu. Wesentliche Merkmale rechtsextremer Grundeinstellungen – Nationalismus, Antisemitismus, Verharmlosung des NS-Faschismus - sind in den alten Bundesländern ebenso ausgeprägt wie in den neuen. Sie ziehen sich in Ost wie West durch alle Bevölkerungsschichten und durch die Anhängerschaften aller Parteien. In Ost und West gleich stark verbreitet ist die Ausländerfeindlichkeit - unbeeindruckt von dem nach wie vor verschwindend geringen Ausländeranteil in Ostdeutschland.

Die Wahlerfolge der Rechtsextremen in Ostdeutschland sind nicht durch besondere antidemokratische Einstellungen im Osten zu erklären, sondern viel mehr durch das schwache Profil der demokratischen Parteien, die kaum glaubwürdige Perspektiven für den großen Teil sich als Verlierer fühlender Ostdeutscher anzubieten haben. Das hat 2004 dazu beigetragen, dass NPD und DVU mit 9,2 bzw. 6,1 Prozent der Stimmen in ostdeutsche Landtage einziehen konnten. Die höchsten Stimmenanteile (um 20 Prozent) konnten die Rechtsextremen bei jungen Männern erzielen. Aber der Wahlerfolg zieht sich durch alle im Arbeitsleben stehenden Altersgruppen, nur die über 60-jährigen wurden von den Rechtsextremen nicht erreicht.

Es besteht die Gefahr, dass die Wahlerfolge der Rechtsextremen nicht nur kurzfristiger Natur sind. Das Problem „Rechte in Ostdeutschland“ wird sich nicht von selbst erledigen: Die Rechtsextremen sind gerade in Teilen Sachsens in Gemeinden und Städten verankert.

Zentral ist deshalb die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in ganz Deutschland. Gefordert sind nicht nur Parteien oder Fraktionen, sondern genauso die Bildungsinstitutionen sowie sämtliche demokratische zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere die Vereine, Verbände und Kirchen und auch die Unternehmen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. **Aktionen gegen Rechtsextreme müssen stärker als bisher zum Anliegen der gesellschaftlichen Mitte werden.**

Die Auseinandersetzung mit Rechts verlief in den letzten Jahren meist anlassbezogen: hohe Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Aktivität nur für kurze Zeit, öffentliche Unterstützung spezieller Projekte gegen Rechts nur für befristete Zeit. Nach „Protestwahlen“ mit rechtsextremen Erfolgen aufgrund millionenschwerer, ferngesteuerter Kampagnen reichte der kurzfristige Protest aus, die Rechtsextremen in die Defensive zu drängen. Speziell in Sachsen ist die Situation grundlegend anders. Langer Atem wird notwendig sein. Rechtsextreme Parteien und Organisationen nutzen den sogenannten „vopolitischen Raum“ für sich, weil Sozialverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und auch die demokratischen Parteien zu schwach waren, entsprechende Angebote besonders für Jugendliche zu machen. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten. **Kommunen, Länder und auch private Stiftungen sind aufgerufen, ihre Haushalte kritisch zu überprüfen: Freizeitangebote und Bildungsarbeit für Jugendliche - abgesehen von Perspektiven für Ausbildung und Arbeit - sind für die gesellschaftliche Kultur heute wichtiger als manches ambitionierte Ausstellungsprojekt und mancher Büroneubau.**

Die IG Metall wird ihren Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auch künftig leisten. Seit Jahren werden Projekte mit betrieblicher oder gesellschaftspolitischer Orientierung durchgeführt, die über Rechtsextremismus aufklären und Zivilcourage fördern. In vielen Verwaltungsstellen beteiligen sich daran insbesondere junge Kollegen und Kolleginnen. Über das Programm Xenos werden eine Vielzahl von betrieblichen Projekten gefördert. Die IG Metall Küste vereinbarte bereits Ende 2000 mit dem Arbeitgeberverband Nordmetall gemeinsame Aktionen und Informationen in den Betrieben sowie bei jungen Menschen in Schule und Ausbildung mit dem Ziel, „dem dumpfen rechtsradikalen Gedankengut entgegenzuwirken“. Neben der Vereinbarung konkreter Projekte betonten beide Verbände ihre Entschlossenheit, „rechtsextremistische Gesinnungstäter aus den Betrieben zu entfernen“. 2002 folgte dort ein Weiterbildungsprogramm für Berufsbildner („PAT: Pro Akzeptanz und Toleranz“). In Thüringen engagiert sich die IG Metall als Trägerin im Verein MoBIT - Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V. Mit betriebsnahen und örtlichen Bil-

maßnahmen und Veranstaltungen sowie in Kooperation mit anderen Organisationen wird Aufklärungsarbeit geleistet um den Rechtsextremismus zurückzudrängen. Solche Projekte und Initiativen gilt es zu verstetigen und im Sinne von „good practice“-Beispielen in der IG Metall und im DGB bekannter zu machen.

**Betriebsräte werden die Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes nutzen, um auch in den Unternehmen gegen rechtsextreme Umtriebe vorzugehen.** Betriebsvereinbarungen können Hilfestellung bieten, wie die Beispiele Eko-Stahl (Eisenhüttenstadt) oder Jenoptik (Jena) zeigen.

## **5. Wirtschaftsförderung: Dynamik stärken - Innovation als Leitlinie**

### 5.1. Aufbau Ost-Strategie: erst schnelle Versprechungen, jetzt langer Atem

In den politischen Entscheidungen zum Aufbau Ost sind in den ersten Jahren grundlegende Fehler gemacht worden. Besonders der Verzicht auf eine aktive Industriepolitik war eine schwerwiegende Unterlassung, an der die neuen Länder noch Jahrzehnte tragen werden. Dabei ist klar: Die politischen Handlungsspielräume der ersten Jahre werden nicht wiederkommen, die Spielräume von heute sind sehr viel enger.

Seit 1998 hat die Bundesregierung die Prioritäten der Aufbau-Ost-Politik geändert. Die Schwerpunkte der Förderpolitik sind auf Innovations- und Netzwerkförderung neu ausgerichtet. Die Mehrzahl der wichtigsten Infrastrukturprojekte ist aus dem Stadium von Projekten in die verbindliche Finanzplanung des Bundes gelangt. Mit dem 2001 abgeschlossenen und bis 2019 angelegten Solidarpakt II existiert eine langfristige finanzielle Grundlage für den Aufbau Ost.

Im Solidarpakt II ist geregelt, in welcher Höhe Mittel für die Behebung der teilungsbedingten Infrastrukturnachteile zur Verfügung gestellt werden („Korb 1“, Volumen insgesamt 105 Mrd. Euro, siehe auch Punkt 8). Im selben Zeitraum stellt der Bund insgesamt 51 Mrd. Euro für Wirtschaftsförderung zum Aufbau Ost zur Verfügung („Korb 2“). Diese Mittel zur Stimulierung der wirtschaftlichen Entwicklung im Korb 2 sind bisher nicht näher spezifiziert. **Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, klarere Ziele und Kriterien für die Wirtschaftsförderung zu definieren. Die Mittel dürfen nur für Zukunftsinvestitionen verwendet werden. Der Bund muss sie im Rahmen der anstehenden Neuordnung der Wirtschaftsförderung verbindlich einplanen. Über Erfolg und Mittelverwendung der Förderung sollte der Bund jährlich gemeinsam mit den Ländern berichten. Für die Mittel aus dem Korb 2 muss eine zeitbezogene Planung erreicht werden. Dabei ist klarzustellen, dass die Auszahlung des 2001 vereinbarten Volumens um die Inflation bereinigt werden muss.**

Gleichzeitig muss der Bund sicherstellen, dass die Fördermittel der EU auch nach 2006 unter den Bedingungen der erweiterten EU in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen. Die IG Metall begrüßt die Zusage der Bundesregierung, mögliche Kürzungen der EU-Regionalförderung für Ostdeutschland auszugleichen. Diese Mittel sollten nicht auf Solidarpaktmittel des Korb 1 oder Korb 2 angerechnet werden.

### 5.2. Industriepolitik - Schlüsselfrage des Aufbau Ost

Die Industrie ist nach dem Absturz in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Lokomotive der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer.

Das industrielle Wachstum ist in den neuen Ländern seit Jahren um mehr als 5 Prozentpunkte stärker als in den alten Ländern. Ostdeutsche Industriebetriebe sind inter-

national wettbewerbsfähig. Dies belegen hohe Umsatz- und Produktionszuwächse, darunter steil ansteigende Exportumsätze. Auch im abgelaufenen Jahr 2004 ist der Umsatz der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie um 10 Prozent gewachsen. Die Exportquote in der Metall- und Elektroindustrie liegt bei 35 Prozent. Die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands liegen inzwischen gut zehn Punkte unter dem westdeutschen Niveau. Im Zuge des industriellen Wachstums ist seit 1997 die industrielle Beschäftigung um ca. 90.000 auf etwa 630.000 gewachsen, nachdem sie vorher auf den Tiefststand von 540.000 im Jahr 1997 zusammengeschrumpft war. Mehr als die Hälfte der Industriebeschäftigten arbeiten in der Metall- und Elektroindustrie (320.000), Textil- und Bekleidungsindustrie (20.000) und Holz- und Möbelindustrie (30.000).

Noch ist die industrielle Basis bei allen Wachstumserfolgen verglichen mit den alten Bundesländern schmal. Die Industrie trägt etwa 17 Prozent zum ostdeutschen BIP bei. In den alten Bundesländern trägt die Industrie 22 Prozent zum deutlich höheren westdeutschen BIP bei.

Das industrielle Wachstum beizubehalten und weiter zu dynamisieren ist die zentrale Aufgabe im Aufbau Ost. Es ist erfreulich, dass sich Bundes- und Länderregierungen inzwischen auf die Entwicklung überregional ausgerichteter Wirtschaftszweige konzentrieren, also in erster Linie die Entwicklung der Industrie.

### 5.3. Vielfältige Industrielandschaft - regional und nach Branchen

Wachstumserfolge finden sich quer über die industriellen Branchen und sowohl an den bekannten Standorten wie Dresden oder Leipzig wie in strukturschwächeren Regionen. Die ostdeutsche Industrie differenziert sich aus.

- Ostdeutschland verfügt über wichtige Standorte der Automobilindustrie. Gerade in der Automobilindustrie wird deutlich, dass eine erfolgreiche Leitbranche weitere Erfolge motivieren kann; namentlich die ostdeutsche Textil und Kunststoffindustrie haben profitiert.
- Einige Hightech-Industrien wie die Halbleiter- und die optische Industrie sind äußerst erfolgreich.
- Weniger beachtet, aber mindestens so wichtig für die Beschäftigung sind „Low-Tech-Industrien“ wie Holz-, Papier- oder Möbelindustrie, genauso wie die ostdeutschen Stahlstandorte.

Die Erfolge auch in Hightech-Branchen und die steigenden Exporte verdeutlichen, wo die Perspektive der ostdeutschen Industrie liegt: in der Innovation, in besseren Produkten. Die Zukunft heißt „besser statt billiger“.

Für die weitere Entwicklung der ostdeutschen Industrie ist die Stärkung ihrer Innovationskraft von zentraler Bedeutung. **Wir fordern die größeren Unternehmen auf, die häufig zu findenden „verlängerten Werkbänke“ um Forschung und Entwicklung anzureichern.** Gleichzeitig haben diese „Leuchttürme“, die Hochschulen und die unabhängigen Forschungsinstitute die Aufgabe, die kleineren Betriebe in Innovationsnetzwerken einzubinden.

Erfolge der Industrie sind vor allem dann zu erreichen, wenn Unternehmen, Verbände, Politik und Gewerkschaften eng zusammenarbeiten. Das bekannteste Beispiel für erfolgreiche Kooperation ist die maritime Wirtschaft. Die Werften und ihre Standorte selbst, aber auch die Zulieferer konnten durch Aufbau einer maritimen Verbundwirtschaft gestärkt werden. Die Initiative der Bundesregierung, zu einer Reihe von Bran-

chenkonferenzen einzuladen, um die brancheninterne Kommunikation zu stärken ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Die Erfahrungen aus der maritimen Wirtschaft müssen aber auch für die Branchen in Ostdeutschland genutzt werden, die sich bisher unterdurchschnittlich entwickeln, aber hohe regionale Bedeutung haben.

- Nur eine Handvoll Branchen hat ihren Schwerpunkt in Ostdeutschland. Dazu zählt die Bahnindustrie (17.000 Beschäftigte im Jahr 2003). Gegenläufig zum Wachstumstrend der ostdeutschen Industrie wurde die Beschäftigung seit 1995 halbiert. Inzwischen ist eine kritische Untergrenze erreicht, industrielles Potential droht dauerhaft verloren zu gehen. **Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, schnell zu einer Brancheninitiative Bahnindustrie einzuladen, in der die Themen Innovationskraft, Infrastrukturpolitik und Beschäftigung thematisiert werden.**
- Der ostdeutsche Maschinenbau mit 71.000 Beschäftigten konnte bisher nur zum Teil an den Aufwärtstrend der Industrie anschließen. Gerade im Export konnten die Betriebe noch nicht so stark Fuß fassen wie die westdeutschen Betriebe. **Die IG Metall fordert die Bundesregierung auf, zu Gesprächen über eine Gemeinschaftsinitiative für den ostdeutschen Maschinenbau einzuladen.**

#### 5.4. Wirtschaftsförderung auf regionale Leitbilder und Innovation ausrichten

Die bisherige Wirtschaftsförderung der Unternehmen hat Ansiedlungen und Wachstum der Betriebe vorangebracht. Ihre Schwerpunkte entsprechen aber nicht mehr dem erreichten Stand der Betriebe und Branchen. Förderung von Investitionen ist auch in Zukunft gerechtfertigt, sie kann aber effektiver gestaltet werden.

- Viele Unternehmer haben sich zu sehr an pauschale Förderung gewöhnt und vernachlässigen die Zukunftsaufgaben Innovation und Qualifizierung. Dieser Haltung muss durch inhaltliche Förderziele und Auflagen begegnet werden.
- Der Rechtsanspruch auf Investitionszulage führt zu unnötigen Mitnahmeeffekten.
- Viele Ostdeutsche Industriebetriebe haben durch die intensive Investitionsförderung inzwischen eine höhere Kapitalintensität je Beschäftigten erreicht als vergleichbare westdeutsche Betriebe. Eine generelle weitere schwerpunktmäßige Förderung des Kapitaleinsatzes ist nicht erforderlich.
- Die notwendige Orientierung an regionalen Leitbildern und überregionaler Branchenentwicklung ist mit pauschaler Investitionsförderung nicht zu vereinbaren.

**Die IG Metall fordert, die Investitionszulage nach 2006 nicht zu verlängern und diese staatlichen Fördermittel in voller Höhe hin zu einzelfallbezogener Förderung und zu Stärkung von Clusterstrukturen, Netzwerken und Innovationskraft zu verlagern.** Das bedeutet u.a. Stärkung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur und Stärkung der Mittel im Rahmen der Programme „Unternehmen Region“. Dies entspricht im übrigen der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung. Sollte es nicht gelingen, die Bundesländer und den Bundesrat von dieser effektiveren Mittelverwendung zu überzeugen, sollte die Investitionszulage in der bestehenden Form erhalten bleiben.

Personalentwicklung, Arbeitsorganisation, Arbeitsgestaltung u.a.m. sind Schlüsselfaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Investitionshilfen müssen verbindlicher als bisher an die Schaffung von Arbeitsplätzen und an Qualifizierungsprogramme geknüpft werden. Wirtschaftsförderung für Unternehmen muss zurückgefordert wer-

den, wenn angekündigte Investitionen oder Arbeitsplätze ausbleiben oder Produktionsverlagerungen ins Ausland erfolgen.

Gezielte Wirtschaftsförderung ist möglich, wenn das Wissen der Betriebsräte genutzt wird. **Direkte Finanzhilfen an Betriebe sollten obligatorisch an eine Stellungnahme der Arbeitnehmerseite gebunden werden. Betriebsrat und zuständige Gewerkschaft äußern sich darin über die Einhaltung des arbeits- und tarifrechtlichen Rahmens und über die Beschäftigungsrelevanz der beantragten Förderung.** Diese Praxis ist in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erfolgreich erprobt.

### 5.5. Verkehr und Energie

Die Infrastruktur wurde zwar deutlich verbessert, ist aber bei weitem noch nicht auf dem Standard der alten Bundesländer. Die im Solidarpakt II für Infrastrukturverbesserungen vorgesehenen Mittel müssen dafür tatsächlich eingesetzt werden. Dies ist notwendig zur Stärkung der Wirtschaft wie zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Verkehrsinvestitionen müssen beschleunigt werden, um wachstumsfördernde Effekte vorzuziehen. Dabei ist klar, dass nicht jedes Anfang der 90er Jahre konzipierte Straßenbauprojekt noch sinnvoll ist. **Die IG Metall fordert von Bund und Ländern, einen gemeinsamen aktualisierten Ausbauplan über Verkehrssysteme in Ostdeutschland vorzulegen.**

- Der Anschluss der Ballungsräume ans jeweilige Umland muss verbessert werden. Im Ausbau des Regionalverkehrs liegt eine Perspektive auch für die ostdeutsche Bahnindustrie.
- Die Verkehrsverbindungen mit den EU-Beitrittsländern sind noch viel zu schwach entwickelt und auf zu wenige Strecken reduziert.
- Das Netz für den Gütertransport auf der Schiene und auf dem Wasser ist besonders schwach entwickelt. Dies belastet die Autobahnen und ist ein Standortnachteil der Unternehmen. **Die IG Metall fordert den Ausbau des Streckennetzes für den Güterverkehr und Investitionen in die Schnittstellen Bahn/Schiff, also in die Anbindung der See- und Binnenhäfen.** Der gesamte ostdeutsche Raum hat praktisch keine Luftverkehrsverbindungen in die Geschäftszentren außerhalb Europas. Die Realisierung des Internationalen Berliner Flughafens ist dringend notwendig.

Die ostdeutschen Unternehmen zahlen durchschnittlich acht Prozent höhere Preise für Strom und Gas. Dem muss grundsätzlich durch bessere Regulierung der Märkte begegnet werden. Die Unternehmen selbst sind aufgefordert, das Problem ihrer überhöhten Energiekosten offensiver anzugehen. Häufig nehmen die Unternehmen die überhöhten Preise tatenlos hin. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Information über Strompreisniveaus zu verbessern. **Die IG Metall schlägt vor, eine Clearingstelle für stromwirtschaftliche Fragen einzurichten, die die kleineren und mittleren Unternehmen über Möglichkeiten der Energiekostensenkung sowie im Umgang mit den diversen energiewirtschaftlichen Gesetzen und vorgesehenen Erleichterungen berät.**

### 5.6. Bildung, Forschung, Soziales

Die Hochschullandschaft der neuen Länder ist inzwischen weit entwickelt. Die regionale Wirtschaftskraft könnte allerdings stärker profitieren, wenn das Profil der Hochschulen besser auf sich herausbildende industrielle Schwerpunkte und auf die Kleinbetrieb-

liche Struktur der Unternehmen orientiert würde. Ein verstärkt anzuwendendes Instrument ist z.B. die Einrichtung von Kooperationsstudiengängen, also kooperative Ingenieursausbildung zwischen Hochschulen und Betrieb.

Hochschulen können insgesamt eine stärkere Rolle in den komplexen Aufgaben der Strukturpolitik übernehmen, z.B. in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Wohnungsbau, Schulen, soziale Einrichtungen und Gesundheitsstruktur stehen durch die Bevölkerungsentwicklung vor größten Herausforderungen. Das Programm „Stadtumbau Ost“ soll die Schrumpfung der meisten Städte gestalten helfen. Für Schulen und Gesundheitsversorgung müssen flexible, mobile Angebote entwickelt werden, die die abnehmende Bevölkerungsdichte berücksichtigen, aber die flächendeckende Versorgung sicherstellen.

#### 5.7. Finanzierungsbedingungen für KMUs verbessern

Der Zugang zu Kapital ist für die kleinere und mittlere Unternehmen durch die restriktive KMU-Kreditpolitik der Geschäftsbanken überall in Deutschland erschwert. Das gilt für Wachstumsfinanzierung wie für Kapitalbeteiligungen in Sanierungsfällen. Ostdeutschland ist von diesem Grundproblem besonders betroffen, weil die Unternehmensstruktur zu einem sehr viel größeren Teil aus KMU besteht. Die durchaus vorhandenen Kreditangebote der Mittelstandsbank werden zur Zeit durch übermäßige Renditeerwartungen der Geschäftsbanken konterkariert. **Die IG Metall fordert Bund, Länder und Banken auf, Fonds für industrielles Wachstumskapital bereitzustellen. Die Mittelstandsbank-Kredite müssen auch direkt, ohne die Zwischenstation der Hausbanken verfügbar werden.**

Beim Thema Sanierungskapital sind in den letzten Jahren zwar einige Versuche mit öffentlich bereitgestelltem Beteiligungskapital unternommen worden (Thüringer Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft TIB, Mittelstandsbank-Tochter gbb), der durch die restriktive Bankenpolitik verursachte Engpass besteht aber fort.

Durch die Banken organisierte Beteiligungsangebote sind auch im Hinblick auf Unternehmensnachfolge wichtig, die auch in Ostdeutschland an Bedeutung gewinnt.

Die mittelstandsfeindliche Politik der Geschäftsbanken verdeutlicht die besondere Bedeutung des öffentlichen Bankensystems aus Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken. **Privatisierungen öffentlicher Banken und Sparkassen lehnt die IG Metall ab.**

## **6. Entwicklung der Betriebe:**

### **Arbeit als Zentrum der neuen Aufbau-Ost-Strategie**

Die bisherige Förderpolitik hat sich vornehmlich an der Erneuerung des Kapitalstocks, also an der Subvention von Investitionen in Sachanlagen orientiert. Die Kompetenz der Menschen ist demgegenüber stark vernachlässigt worden. Förderung der individuellen Arbeitskraft hat es im wesentlichen erst in der Arbeitslosigkeit gegeben.

**Die IG Metall fordert: Aus beschäftigungspolitischer Sicht, aber auch aus Interesse an stärkerem Wachstum, muss es hier ein Umsteuern geben.** Die Herausforderungen sind umfassend:

- Die Unternehmen müssen ihre Innovationskraft stärken. Dies ist nur mit qualifizierten Beschäftigten möglich.

- Die Unternehmen müssen zu einer nachhaltigeren Personalentwicklung kommen. Qualifizierte Beschäftigte erwarten gute Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Qualifizierung.
- Der Wandel der Altersstruktur verschärft die beschriebenen Herausforderungen noch.
- Die Landespolitik hat die Aufgabe, deutlich mehr Jugendliche zu qualifizierenden Schulabschlüssen zu bringen; heute sind die Quoten von Schulabgängern ohne Abschluss viel zu hoch.

Die Belegschaften der ostdeutschen Betriebe haben eine sehr ungleichmäßige Altersstruktur. Seit Jahren ist bekannt, dass den Betrieben schon vor 2010 eine Fachkräftelücke droht. Das Geburtentief der 90er Jahre trifft den Arbeitsmarkt ab 2008 gleichzeitig mit dem Eintritt überdurchschnittlich besetzter Altersjahrgänge in den Ruhestand. Dennoch geschieht wenig, zu einer nachhaltigen Personalentwicklung zu kommen. Viele Betriebe ruhen sich in der heute für sie „paradiesischen Personallage“ aus und handeln nur kurzfristig. Zusätzlicher Personalbedarf wird zunehmend über Leiharbeit abgedeckt, statt solche Wachstumssituationen zum gezielten Aufbau der Know-how-tragenden Stammebelegschaften zu nutzen. **Die Betriebe müssen angesichts der demografischen Entwicklung dringend Lösungen für alternsgerechte Arbeitsgestaltung und Personalplanung in Angriff nehmen.**

Für die Vermeidung einer großen Fachkräftelücke und dem dann unvermeidlich drohenden Verlust von Industriearbeitsplätzen ist es notwendig, eine vorausschauende Kooperation von Arbeitsagenturen und Betrieben zu entwickeln. Hier kann z.B. an den Erfahrungen mit dem von der IG Metall initiierten Projekt p.net in Brandenburg angeknüpft werden. Im Rahmen von p.net werden Geschäftsführungen und Betriebsräte von KMU der Metall- und Elektroindustrie über „aufsuchende“ Beratung, Qualifizierung und Coaching auf dem Handlungsfeld Personalplanung und Personalentwicklung unterstützt. Durch die enge Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen wird eine betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik unterstützt. Personalbedarf wird früher sichtbar, arbeitslose Facharbeiter können rechtzeitig für das notwendige Profil qualifiziert werden.

Die Betriebe müssen sich darauf einstellen, dass sie schon in wenigen Jahren vor einer völlig veränderten Situation bei der Nachwuchsrekrutierung stehen werden. Die Schulabgängerzahlen werden drastisch sinken. Angesichts dessen ist es fatal, dass Arbeit in der Industrie bei den Jugendlichen ein schlechtes Image hat. Industrie gilt nicht als zukunftssträchtig - wenig überraschend nach den Zusammenbrüchen der 90er Jahre. Wenn die Betriebe qualifizierten Nachwuchs an sich binden wollen, müssen sie etwas für das Image der Industrie tun und die tatsächlichen Arbeits- und Ausbildungsbedingungen verbessern.

**Die IG Metall fordert die ostdeutschen Unternehmen auf, rechtzeitig deutlich höhere Anstrengungen für Erstausbildung und für Weiterqualifizierung ihrer Beschäftigten aufzuwenden.** Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, indem externes Ausbildungs- und Weiterqualifizierungsmanagement angeboten (und teilfinanziert) wird. Dabei kann z. B. auf den Konzepten von EXAM in Norddeutschland aufgebaut werden. EXAM steht für Externes Ausbildungsmanagement, ist eine von den Tarifpartnern IG Metall und Nordmetall gemeinsam getragene Einrichtung, die in Hamburg, Schleswig-Holstein und im nordwestlichen Niedersachsen sehr erfolgreich über 2.500 zusätzliche neue nicht subventionierte betriebliche Ausbildungsplätze ermöglicht hat. EXAM startet in diesem Jahr nach längeren Vorbereitungen auch in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig tun Betriebe zuwenig

für ihre Mitarbeiter. Ausbildung und Weiterqualifizierung werden vernachlässigt. Leistungsdruck und ausufernde Arbeitszeiten haben die gesundheitlichen Belastungen enorm erhöht. Gleichzeitig haben sich autoritäre Befehlsstrukturen in vielen Betrieben erhalten bzw. noch verstärkt. All dies schwächt die Motivation und die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten und verringert die Innovationsfähigkeit der Betriebe. Zusammen mit der schlechteren Bezahlung ergeben sich wenige Anreize für qualifizierte Beschäftigte, dem Betrieb auf Dauer die Treue zu halten. Die Arbeitszufriedenheit ist auf einem Tiefpunkt. Umfragen bei Beschäftigten z.B. in Sachsen-Anhalt zeigen, dass ein Drittel der Beschäftigten sofort den Arbeitsplatz wechseln würde. Eine Befragung abgewanderter Beschäftigter hat ergeben, dass sich 55 Prozent an ihrem ostdeutschen Arbeitsplatz ausgebeutet fühlten, aber nur 17 Prozent am neuen Arbeitsplatz in einem alten Bundesland.

Notwendig ist ein breites Spektrum von Maßnahmen und Instrumenten der Personalentwicklung und -bindung in den Betrieben. Hierzu gehören an erster Stelle die Durchführung von Mitarbeitergesprächen zur Bedarfsermittlung von Schulungsmaßnahmen und eine individuelle und betriebliche Stärken/Schwächenanalyse. Betriebsräte haben in diesem Zusammenhang eine herausragende Position sowohl bei der Mitsprache bei Personalmaßnahmen als auch als Initiator derartiger Strategien.

Betriebe müssen zukünftig eine viel stärkere Karriereplanung für jüngere Mitarbeiter und eine Laufbahnplanung für möglichst alle Beschäftigten aufbauen sowie angesichts des schnellen Veraltens von Qualifikationen berufsbegleitende Qualifizierung gerade für ältere Facharbeiter und Ingenieure etwa bei der Einführung neuer Generationen von Software anbieten. Hier sollten die örtlichen Fachhochschulen und Hochschulen eine viel stärkere Rolle als Anbieter von Weiterbildungsleistungen übernehmen, als dies bisher der Fall war.

Die IG Metall hat in Berlin, Brandenburg und Sachsen eine „Aktion Gute Arbeit - Gesund am Arbeitsplatz“ gestartet, um in den Betrieben eine präventive Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen zu befördern. Dies ist notwendig, wie die deutlich überdurchschnittliche Zahl von Arbeitsunfällen in Ostdeutschland belegt.

Bezahlung, Arbeitsbedingungen, Arbeitsklima, Arbeitsschutz fasst die IG Metall in ihren Aktivitäten unter dem Motto „Gute Arbeit“ zusammen. **Die IG Metall wird das gesamte Thema „Gute Arbeit Ost“ zu einem wesentlichen Thema der Betriebsratswahlen 2006 machen.**

Zum Themenfeld „Gute Arbeit“ gehört auch die Qualität des Managements. Das Management der (durchschnittlich deutlich kleineren) ostdeutschen Betriebe hat deutliche Schwächen besonders im Personalbereich, aber auch in betriebswirtschaftlichen Kernbereichen wie Betriebsorganisation und Marketing speziell für Exportmärkte. Seitens der Wirtschafts- und Strukturpolitik kann darauf reagiert werden, indem regionale Netzwerke stärker gefördert werden. Mindestens ein Teil der aktuell in den Betrieben nicht wahrgenommenen Aufgaben kann den Betrieben über geförderte Netzwerkinstitutionen (etwa regionale Marketingcoaches) nahegebracht werden. **Die IG Metall fordert: Die Förderpolitik sollte für Programme zur Stärkung der Managementkompetenz geöffnet, die Betriebe für die Problemstellung sensibilisiert werden. Gleichzeitig muss die Struktur für ein breit angelegtes Qualifizierungsprogramm ostdeutscher Manager ausgearbeitet werden („Marketing-Akademie“, „Personalentwicklungs-Akademie“). In den Zusammenhang gehört auch die Ausbildung der Sozial- und Handlungskompetenz der Betriebsräte, deren Potential für die Entwicklung der Betriebe häufig verkannt wird.**

### Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitslosigkeit liegt in Ostdeutschland trotz Zugewinnen in der Industrie, trotz größter Mobilität und trotz geringerer Löhne bei 1,8 Millionen. Die Quote ist doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Die Beschäftigungszuwächse in der Industrie lindern die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich. Verluste besonders in baunahen Bereichen und im öffentlichen Dienst fressen die Zugewinne in der Industrie mehr als auf. Die Hartz-Gesetze haben bisher keine positiven Wirkungen gezeigt. Im Gegenteil erleidet ein großer Teil der bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher in den neuen Bundesländern Einbußen, weil das seit 2005 gezahlte ALG II für sie niedriger ausfällt (genaue Auswertungen liegen noch nicht vor).

Der Regelsatz für ALG II - Empfänger liegt in den neuen Bundesländern um 14 Euro bzw. 4 Prozent niedriger als in den alten Bundesländern. Auch dies schwächt die regionale Nachfrage in Ostdeutschland. Da die in Ostdeutschland tatsächlich niedrigeren Wohnungsmieten im Rahmen des ALG II nicht zu berücksichtigen sind, entfällt eine fundierte Argumentation für einen Niveauunterschied in der Grundsicherung. **Die IG Metall fordert die Angleichung des ALG II-Regelsatzes.**

Die Arbeitsmarktreformen zielen auf zusätzliche Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Dieses Ziel soll durch „Fördern und Fordern“ erreicht werden. Die Unternehmen sollten laut Bericht der Hartz-Kommission Beiträge für das „Fördern“ leisten, indem sie etwa

- freiwerdende Stellen sofort melden;
- stärker flexible Arbeitszeitmodelle nutzen;
- freiwillig Beschäftigungsbilanzen erstellen.

Positive Beschäftigungsentwicklung speziell von kleinen und mittleren Betrieben sollte laut Hartz-Kommission durch einen Bonus in der Arbeitslosenversicherung belohnt werden.

Wir stellen fest: Das „Fordern“ ist übererfüllt, das „Fördern“ kommt viel zu kurz. Wir fordern die Unternehmen auf, ihren versprochenen Beitrag zu erfüllen.

- Zentral ist die Entwicklung betriebsnaher Arbeitsmarktpolitik. Die Unternehmen können zwar in der Umsetzung durch Kommunen und Arbeitsagenturen unterstützt werden wie oben beschrieben. Im Kern müssen sie ihrer beschäftigungspolitische Verantwortung jedoch selbst nachkommen.
- Beschäftigungspotentiale liegen in der Arbeitszeitpolitik mit den vielfältigen Möglichkeiten von Teilzeitarbeit, Teilzeitqualifizierung, Altersteilzeit und natürlich der allgemeinen Wochenarbeitszeit. Auch die Reduzierung regelmäßiger Überstunden kann in zusätzliche Arbeitsplätze umgesetzt werden.

Aber auch verstärktes Wachstum und offensivere Anwendung der Arbeitszeitpolitik wird auf absehbare Zeit nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu beiseitigen. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist weiterhin erforderlich. Unter den 1,8 Millionen Arbeitslosen in Ostdeutschland sind

- 450.000 über 50 Jahre,
- 180.000 über 55 Jahre,
- 710.000 Menschen Langzeitarbeitslose.

Dies sind Menschen, die auf dem heutigen Arbeitsmarkt kaum noch eine Chance haben. Die Arbeitsmarktpolitik muss deutlich aktiver werden, um Angebote für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen.

**Die IG Metall schlägt vor, das in Sachsen-Anhalt erfolgreich erprobte Programm „Aktiv zur Rente“ auf alle neuen Bundesländer auszuweiten. Das Programm ermöglichte es, über 55-jährige Langzeitarbeitslose über Lohnkostenzuschüsse sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in gesellschaftlich sinnvollen sozialen Bereichen zu verschaffen.**

## **7. Entwicklung der Regionen: Stärken der Regionen zur Entfaltung bringen**

Die Regionale Entwicklung innerhalb Ostdeutschlands differenziert sich aus. Nachdem selbst der Sachverständigenrat sein „Wachstumspol-Konzept“ zu den Akten gelegt hat, sollte die Diskussion über ein „Entweder-Oder“ der Förderung stärkerer bzw. schwächerer Regionen beendet sein. Entwicklungsziele müssen regional differenziert formuliert werden. Ansatzpunkte sind große Betriebe, Hochschulen oder besondere Ansammlungen von Betrieben und Facharbeitern einer Branche.

Die Bundesregierung will sowohl „Stärken stärken“ als auch die Fläche nicht vernachlässigen und hat erklärt: „Die beabsichtigte Neuorientierung der Förderpolitik für die neuen Länder sieht nicht die ausschließliche Begünstigung regionaler Schwerpunkte vor. Der gezielte Ausbau regionaler Stärken soll sowohl in den Zentren und Verdichtungsregionen als auch in den peripheren und ländlichen Räumen erfolgen.“ Die Länder sollen mit dem Bund „Partnerschaften für Wachstum und Innovation“ eingehen. **Diese angestrebte Vereinbarung von Leitbildern ist unabdingbar und wird von der IG Metall unterstützt. Erfolgreiche Schwerpunktsetzungen werden allerdings nur dann gelingen, wenn Länder, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Hochschulen und Forschungszentren an einem Strang ziehen.**

Dialog und Konsens über länderspezifische Schwerpunkte sind noch nicht in allen Ländern entwickelt. Weit entwickelte Strukturen und Kultur der Zusammenarbeit gibt es besonders in Mecklenburg-Vorpommern (mit der Gesellschaft für Strukturentwicklung und Arbeitsmarktpolitik, GSA). Positive Erfahrungen gibt es daneben mit dem Aktionsprogramm Brandenburg und der Stiftung Innovation und Arbeit Sachsen (IAS). In Brandenburg und Berlin werden zur Zeit durch Landesregierung, Unternehmensverbände und Gewerkschaften Industriedialoge vorangetrieben. Solche Trägerstrukturen ermöglichen effektive Unterstützung für

- Unternehmen in Schwierigkeiten, aber auch in Innovationsprozessen. Geschäftsführung/ Management werden ebenso beraten wie Betriebsräte;
- Unternehmensnetzwerke und Betriebsrätenetzwerke im Sinne einer verstärkten Branchenorientierung, Kompetenzentwicklung und Clusterbildung;
- Projekte zur Profilierung von Arbeitspolitik mit dem Schwerpunkt von Fachkräfteinitiativen für junge Menschen.

**Für die Gewerkschaften bleibt es unverzichtbar, auch die momentan schwächeren Regionen zu stützen. Der Erfahrungsaustausch über regionale Strukturpolitik muss gestärkt werden, und zwar über die neuen Bundesländer hinaus.**

Berlin und sein „Speckgürtel“ sind der mit Abstand größte Ballungsraum in Ostdeutschland. Die Bedeutung des Wirtschaftsraums Berlin für den Erfolg des Aufbau Ost ist bislang wenig beachtet und politisch bearbeitet worden. Der Wirtschaftsraum Berlin könnte mehr Produkte und Dienstleistungen für die neuen Länder liefern wie umgekehrt. **Bundesregierung, Berliner Senat und Brandenburger Landesregie-**

**ung müssen eine gemeinsame Initiative „Wirtschaftsraum Berlin“ starten.** Erreicht werden muss eine abgestimmte Bildungs-, Verkehrs- und Ansiedlungspolitik, aber auch Antworten auf die in Berlin besonders prekäre Lage des Landeshaushaltes. Finanzpolitische Entlastung Berlins darf dabei nicht durch Kürzungen beim Aufbau Ost an anderer Stelle gegenfinanziert werden, sondern ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Auf der politischen Tagesordnung steht seit geraumer Zeit eine Fusion der Bundesländer Berlin und Brandenburg. **Die Länderfusion Berlin und Brandenburg sollte möglichst schnell angestrebt werden und wird von der IG Metall unterstützt.**

## **8. Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen: Basis für Wachstum und soziale Integration**

Wirtschaftsförderung und weitere Verbesserungen bei der Infrastruktur sind unbestreitbar Voraussetzungen für weitere Ansiedlungen in Ostdeutschland. Die vorliegenden Vergleichsstudien mit polnischen oder tschechischen Standorten belegen, dass harte und weiche Infrastrukturfaktoren sowie monetäre Wirtschaftsförderung wesentlich für Standortentscheidungen der Unternehmen sind. Deshalb wird die Haushaltssituation der neuen Bundesländer und hier speziell die Verwendung der Mittel aus dem Solidarpaket II zu Recht diskutiert.

Die öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland sind fast durchgängig hoch verschuldet, Länder und Kommunen können schon heute kaum mehr investieren. Auch die soziale und kulturelle Infrastruktur ist gefährdet. Ursache sind relativ hohe laufende Kosten für Personal und Unterhaltung und hoher Zinsaufwand. Als eine Folge werden die Solidarpaket-Mittel nicht für Infrastruktur-Investitionen eingesetzt wie vorgesehen. Heute ausbleibende Investitionen in Straßen oder Schulen gehen aber zu Lasten künftiger Wachstumspotentiale. Die Länderhaushalte sind in einer Spirale nach unten unterwegs, die schon in absehbarer Zeit für ein Land nach dem anderen mit dem „Gang nach Karlsruhe“ enden wird. **Die IG Metall tritt für einen frühzeitigen Sanierungskurs ein. Teil dessen muss eine Entschuldungsinitiative sein. Die Schulden von Ländern und Kommunen aus den Jahren bis 1995 sollten in den Fonds Deutsche Einheit überführt werden, um ostdeutsche Länder und Kommunen wieder in die Handlungsfähigkeit zu versetzen** (Größenordnung 30 bis 35 Mrd. Euro, Zusatzbelastung für den Bund bis zu 1,5 Mrd. Euro jährlich).